

TOP: 15

Beschlussvorlage
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen

Federführendes Amt :Hauptamt

Datum

13.09.2018

Drucksache-Nr.:01-69-2018

Beratungsfolge

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Stadtverordnetenversammlung	27.09.2018			0	0	0

Betreff:

Beratung und Beschluss: Satzung über die Entschädigung der Stadtverordneten, der Ortsvorsteher/innen, der Mitglieder der Ortsbeiräte und der sachkundigen Einwohner/innen (Entschädigungssatzung)

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die Satzung über die Entschädigung der Stadtverordneten, der Ortsvorsteher/innen, der Mitglieder der Ortsbeiräte und der sachkundigen Einwohner/innen (Entschädigungssatzung).

Beratungsergebnis:

Gremium: Sitzung am: TOP

Anz. Mitgl. :19 dav. anwesend Ja..... Nein..... Enthalt.....

Laut Besch.vorlage..... Abweichender Beschl.(Rückseite).....

eingbracht durch :Bürgermeister
Bearbeiter :Frau Bianca Haak

.....
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Aufgrund weiterer Änderungen der Entschädigungssatzung der Stadt Kremmen wurde eine neue Entschädigungssatzung erarbeitet.

Folgende wesentliche Änderungen wurden beraten:

§ 1 Abs. 2 Grundsätze

Aufwand sind die geldlichen und sonstigen Aufwendungen, zu denen die ehrenamtlich tätigen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und der Ortsbeiräte für eigene Zwecke, aber im Interesse der Wahrnehmung der ehrenamtlichen Funktion, genötigt sind. Hierzu gehören insbesondere die Deckung des erhöhten persönlichen Bedarfs an Kleidung und Verzeehr, Fachliteratur, Fahrtkosten und Fernspreckgebühren.

§ 5 Sitzungsgelder

- Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung erhalten für die Teilnahme an jeder Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse, **in denen sie Mitglied sind oder ein Mitglied vertreten**, ein Sitzungsgeld von 20 €. **Das Sitzungsgeld wird neben der Aufwandsentschädigung nach § 3 gewährt.**
- Die Mitglieder der Ortsbeiräte erhalten für die Teilnahme an einer Sitzung des jeweiligen Ortsbeirates ein Sitzungsgeld von 20 €.
- Sachkundige Einwohner im Sinne von § 30 Abs. 4 BbgKVerf erhalten ein Sitzungsgeld in Höhe von **20 € für die Teilnahme an Sitzungen der Ausschüsse, denen sie angehören.**
- Sitzungsgelder in Höhe von **20 €** werden den Mitgliedern der Fraktionen nur für die Teilnahme an den Sitzungen gewährt, die der Vorbereitung einer Fraktion der Vertretung oder eines Ausschusses dienen.

§ 6 Zahlungsbedingungen

- **Die Zahlungen der Aufwandsentschädigung und des Sitzungsgeldes erfolgen vierteljährlich, jeweils rückwirkend bis zum 15. des Monats, der auf das abgelaufene Quartal folgt.**
- Die Aufwandsentschädigung wird für einen vollen Kalendermonat gezahlt. Die Zahlung beginnt mit dem ersten Tag des Monats, in dem das Mandat aufgenommen wird und endet mit Ablauf des Monats, in dem das Mandat endet. Nach einer Wiederwahl kann für einen Kalendermonat nur eine Aufwandsentschädigung gewährt werden.
- Wird das Ehrenamt oder die ehrenamtliche Tätigkeit über einen Zeitraum von mehr als drei Monaten nicht ausgeübt, so ist spätestens ab dem vierten Kalendermonat die Zahlung der Aufwandsentschädigung einzustellen.
- Grundlage für die Zahlung des Sitzungsgeldes ist die in der Anwesenheitsliste geleistete Unterschrift.

§ 7 Verdienstausschlag

- Eine Verdienstausschlagentschädigung sowie eine Erstattung von Kinderbetreuungskosten können auf Antrag gegen Nachweis gewährt werden.
- Der Verdienstausschlag ist arbeitstäglich auf acht Stunden und monatlich auf 35 Stunden begrenzt und wird bei Sitzungen nach 19 Uhr nur in begründeten Ausnahmefällen, wie Schichtarbeit, gewährt.
- Personen, die nicht im Beschäftigungsverhältnis stehen und selbständig Tätige haben den Verdienstausschlag glaubhaft zu machen. Der Anspruch auf Verdienstausschlag ist nach Erreichen der Regelaltersgrenze ausgeschlossen, wenn keine auf Erwerb ausgerichtete Tätigkeit wahrgenommen wird.
- Der Höchstsatz, der nicht überschritten werden darf, wird auf 13 € pro Stunde festgelegt.

§ 8 Reisekostenentschädigung

- Dienstreisen sind vom Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung und dem Bürgermeister zu genehmigen.
- Fahrten zu Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung, der Ausschüsse und der Ortsbeiräte sind keine Dienstreisen im Sinne des Absatz 1.

§ 9 Ausschlussfrist

- Ansprüche sind schriftlich innerhalb einer Frist von einem Jahr geltend zu machen. Dies gilt sowohl für den Anspruch auf Zahlung als auch auf Rückerstattung einer Entschädigung. Dabei ist es unerheblich, wer die Nichterfüllung zu vertreten hat.

Finanzielle Auswirkung

Finanzielle Auswirkungen? Ja

Gesamtkosten der Maßnahmen: € Jährliche Folgekosten: €

Finanzierung

Eigenanteil

: € Einnahmen (Zuschüsse)

Objektbezogene

: €

Haushaltsbelastung : € jährlich 70.600 € : Ja

Veranschlagung : Ja

mit : 11101 €

Produktsachkonto : 54210000

im Ergebnishaushalt :

im Finanzhaushalt

: 11101. 74210000





Satzung über die Entschädigung der Stadtverordneten, der Ortsvorsteher/innen, der Mitglieder der Ortsbeiräte und der sachkundigen Einwohner/innen (Entschädigungssatzung)

Aufgrund der §§ 3, 28 Abs. 2 Nr. 9, 30 Abs. 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286, zuletzt geändert durch das Erste Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg – Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten vom 29. Juni 2018 (GVBl. I Nr. 15)) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen mit Beschluss-Nr.in ihrer Sitzung am..... folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Grundsätze

- (1) Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und der Ortsbeiräte erhalten zur Abdeckung des mit dem Mandat verbundenen Aufwandes eine Aufwandsentschädigung sowie Sitzungsgeld. Daneben werden Stadtverordnete, Mitglieder der Ortsbeiräte, sachkundige Einwohner/innen Entschädigungen für Verdienstaufschlag und Reisekosten gewährt.
- (2) Aufwand sind die geldlichen und sonstigen Aufwendungen, zu denen die ehrenamtlich tätigen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und der Ortsbeiräte für eigene Zwecke, aber im Interesse der Wahrnehmung der ehrenamtlichen Funktion, genötigt sind. Hierzu gehören insbesondere die Deckung des erhöhten persönlichen Bedarfs an Kleidung und Verzehr, Fachliteratur, Fahrtkosten und Fernspreckgebühren.

§ 2

Aufwandsentschädigung für Stadtverordnete

Den Stadtverordneten wird eine monatliche Aufwandsentschädigung von 68 € gezahlt.

§ 3

Zusätzliche Aufwandsentschädigungen

- (1) Dem Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung wird neben der Aufwandsentschädigung nach § 2 eine zusätzliche monatliche

Aufwandsentschädigung in Höhe von 270 € gezahlt.

- (2) Dem Stellvertreter wird 50 v.H. der Aufwandsentschädigung des Vertretenen für die Dauer der Wahrnehmung besonderer Funktionen nach Absatz 1 gewährt. Die Aufwandsentschädigung des Vertretenen wird entsprechend gekürzt. Wird die Funktion nach Absatz 1 vom Stellvertreter in vollem Umfang wahrgenommen, so erhält der Stellvertreter für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben 100 v.H. des nach Abs. 1 zugelassenen Betrages.
- (3) Den Fraktionsvorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung wird neben der Aufwandsentschädigung nach § 2 eine zusätzliche monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 68 € gewährt.
- (4) Ausschussvorsitzende der Stadtverordnetenversammlung erhalten neben der Aufwandsentschädigung nach § 2 eine zusätzliche monatliche Aufwandsentschädigung von 34 € gewährt.

§ 4

Aufwandsentschädigung der Ortsvorsteher und Mitglieder von Ortsbeiräten

- (1) Ortsvorsteher erhalten zur Abgeltung ihres mit dieser Aufgabe verbundenen Aufwandes eine monatliche Aufwandsentschädigung wie folgt:

In Ortsteilen mit einer Einwohnerzahl

bis	500			175 €
von	501	bis	750	245 €
von	751	bis	1.000	315 €
von	1.001	bis	1.500	430 €
von	1.501	bis	2.000	545 €
von	2.001	bis	2.500	585 €
von	2.501	bis	3.000	630 €
von	3.001	bis	3.500	665 €

- (2) Den Mitgliedern des Ortsbeirates, die nicht zugleich Ortsvorsteher sind, wird eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 25 € gezahlt.

§ 5

Sitzungsgelder

- (1) Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung erhalten für die Teilnahme an jeder Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse, in denen sie Mitglied sind oder ein Mitglied vertreten, ein Sitzungsgeld von 20 €. Das Sitzungsgeld

wird neben der Aufwandsentschädigung nach § 3 gewährt.

- (2) Die Mitglieder der Ortsbeiräte erhalten für die Teilnahme an einer Sitzung des jeweiligen Ortsbeirates ein Sitzungsgeld von 20 €.
- (3) Sachkundige Einwohner im Sinne von § 30 Abs. 4 BbgKVerf erhalten ein Sitzungsgeld in Höhe von 20 € für die Teilnahme an Sitzungen der Ausschüsse, denen sie angehören.
- (4) Sitzungsgelder in Höhe von 20 € werden den Mitgliedern der Fraktionen nur für die Teilnahme an den Sitzungen gewährt, die der Vorbereitung einer Fraktion der Vertretung oder eines Ausschusses dienen.

§ 6

Zahlungsbedingungen

- (1) Die Zahlungen der Aufwandsentschädigung und des Sitzungsgeldes erfolgen vierteljährlich, jeweils rückwirkend bis zum 15. des Monats, der auf das abgelaufene Quartal folgt.
- (2) Die Aufwandsentschädigung wird für einen vollen Kalendermonat gezahlt. Die Zahlung beginnt mit dem ersten Tag des Monats, in dem das Mandat aufgenommen wird und endet mit Ablauf des Monats, in dem das Mandat endet. Nach einer Wiederwahl kann für einen Kalendermonat nur eine Aufwandsentschädigung gewährt werden.
- (3) Wird das Ehrenamt oder die ehrenamtliche Tätigkeit über einen Zeitraum von mehr als drei Monaten nicht ausgeübt, so ist spätestens ab dem vierten Kalendermonat die Zahlung der Aufwandsentschädigung einzustellen.
- (4) Grundlage für die Zahlung des Sitzungsgeldes ist die in der Anwesenheitsliste geleistete Unterschrift.

§ 7

Verdienstaufschlag

- (1) Eine Verdienstaufschlagsentschädigung sowie eine Erstattung von Kinderbetreuungskosten können auf Antrag gegen Nachweis gewährt werden.
- (2) Der Verdienstaufschlag ist arbeitstäglich auf acht Stunden und monatlich auf 35 Stunden begrenzt und wird bei Sitzungen nach 19 Uhr nur in begründeten Ausnahmefällen, wie Schichtarbeit, gewährt.
- (3) Personen, die nicht im Beschäftigungsverhältnis stehen und selbständig Tätige haben den Verdienstaufschlag glaubhaft zu machen. Der Anspruch auf Verdienstaufschlag ist nach Erreichen der Regelaltersgrenze ausgeschlossen, wenn keine auf Erwerb ausgerichtete Tätigkeit wahrgenommen wird.
- (4) Der Höchstsatz, der nicht überschritten werden darf, wird auf 13 € pro Stunde festgelegt.

§ 8

Reisekostenentschädigung

- (1) Für Dienstreisen wird den Stadtverordneten und ehrenamtlich tätigen Beauftragten nach den Bestimmungen des Bundesreisekostenrechts eine Reisekostenvergütung gewährt. Zugrunde zu legen sind die Wegstreckenentschädigung nach § 5 Bundesreisekostengesetz.
- (2) Dienstreisen sind vom Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung und dem Bürgermeister zu genehmigen. Für Dienstreisen des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung wird eine Reisekostenentschädigung nach den gleichen Bestimmungen gewährt, wenn die Dienstreise von seinem Stellvertreter und dem Bürgermeister angeordnet oder genehmigt wurde.
- (3) Fahrten zu Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung, der Ausschüsse und der Ortsbeiräte sind keine Dienstreisen im Sinne des Absatz 1.

§ 9

Ausschlussfrist

Ansprüche sind schriftlich innerhalb einer Frist von einem Jahr geltend zu machen. Dies gilt sowohl für den Anspruch auf Zahlung als auch auf Rückerstattung einer Entschädigung. Dabei ist es unerheblich, wer die Nichterfüllung zu vertreten hat.

§ 10

In-Kraft-Treten

Diese Entschädigungssatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig treten die Aufwandsentschädigungssatzung der Stadt Kremmen vom 27.03.2002, die Satzung zur 1. Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung der Stadt Kremmen vom 13.09.2007, die Satzung zur 2. Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung der Stadt Kremmen vom 22.03.2018 und die Satzung zur 3. Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung der Stadt Kremmen vom 28.06.2018 außer Kraft.

